



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

120. Sitzung (öffentlich)

11. Juni 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:35 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

9

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 4 „Europäisches Bauhaus-Projekt im nördlichen Ruhrgebiet – Interdisziplinäres Reallabor für nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte“ heute nicht zu beraten.

1 Modellversuch Produkthaushalt 2021 – Beratung des Produkthaushaltsentwurfes für die Budgeteinheit Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (Einzelplan 08) (Tischvorlage s. Anlage 1) 10

Information durch den Vorsitzenden des Unterausschusses
Modernisierung des Budgetrechts und Finanzcontrolling
Vorlage 17/4341
Vorlage 17/4899
Vorlage 17/3974 (Erläuterungsband)

– Wortbeiträge

2 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12033

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13430

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14088

Ausschussprotokoll 17/1299 (*Anhörung am 05.02.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktion von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, die Sitzung nicht zu unterbrechen.

**3 Gesetz zur Stärkung des Wohnungswesens in Nordrhein-Westfalen
(Wohnraumstärkungsgesetz – WohnStG) 28**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12073

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12305

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14080

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14081

Ausschussprotokoll 17/1300 (*Anhörung am 05.02.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Drucksache 17/14081 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag Drucksache 17/12305 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag Drucksache 17/14080 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den so geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

4 Europäisches Bauhaus-Projekt im nördlichen Ruhrgebiet – Interdisziplinäres Reallabor für nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte **31**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11654

– wird nicht behandelt

5 Gesetz über die Zuständigkeiten und zur Umsetzung des vereinheitlichten Energieeinsparrechts für die Gebäude (GEG-Umsetzungsgesetz – GEG-UG NRW) **32**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12424

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/3789
Stellungnahme 17/3795
Stellungnahme 17/3797
Stellungnahme 17/3798
Stellungnahme 17/3800
Stellungnahme 17/3809

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Gesetzentwurf anzunehmen.

6 Gesetz zur Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes (WbG-Weiterentwicklungsgesetz)

33

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12755

Ausschussprotokoll 17/1429 (*Anhörung am 12.05.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

7 Gesetz zur Neufassung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen

34

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12976

Ausschussprotokoll 17/1416 (*Anhörung am 10.05.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ein Votum abzugeben.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Gesetzentwurf anzunehmen.

8 Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) 36

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13064

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/3804
Stellungnahme 17/4021
Stellungnahme 17/4012
Stellungnahme 17/4032
Stellungnahme 17/4009
Stellungnahme 17/4011
Stellungnahme 17/4022
Stellungnahme 17/3966

– keine Wortbeiträge

9 Städte und Gemeinden in der Pandemie nicht im Regen stehen lassen – Kommunen schnell, planbar und verlässlich durch die Krise helfen 37

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13061

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/3946
Stellungnahme 17/4001
Stellungnahme 17/4018
Stellungnahme 17/4025
Stellungnahme 17/4010
Stellungnahme 17/3947
Stellungnahme 17/4002

– keine Wortbeiträge

10 Den Traum vom Eigenheim erfüllen. Das Einfamilienhaus hat Zukunft! 38

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12925

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13185

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/3996
Stellungnahme 17/4016
Stellungnahme 17/3965
Stellungnahme 17/4007
Stellungnahme 17/4017
Stellungnahme 17/3999
Stellungnahme 17/3962
Stellungnahme 17/4019
Stellungnahme 17/3985
Stellungnahme 17/3987

– keine Wortbeiträge

11 Innovationsraum Innenstadt und Einzelhandel im Strukturwandel stärken 39

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13765

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

12 Gesetz über die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (Baukammergesetz – BauKaG NRW) 40

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13799

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, bis zum 3. September 2021 eine schriftliche Anhörung durchzuführen und dazu die Architektenkammer, die Ingenieurkammer-Bau, den Bund Deutscher Baumeister, die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, die LAG Selbsthilfe Behinderter sowie eine weitere sachverständige Person pro Fraktion zu benennen.

13 Impulse des Baulandmobilisierungsgesetzes für NRW schnell nutzen 41

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13780

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

14 Gesetz zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Vorschriften 42

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13663

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

15 Gesetz zum Erlass eines Kulturgesetzbuches sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer Vorschriften (Kulturrechtsneuordnungsgesetz) 43

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13800

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

16 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen 44

in Verbindung mit:

Kommunale Corona-Kosten und finanzielle Schäden der Corona-Pandemie (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])

in Verbindung mit:

Corona und die andauernden finanziellen Folgen für die Kommunen in NRW *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5300

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

17 Fachkräftemangel in NRW-Kommunen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

47

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5299

- Wortbeiträge

18 Verschiedenes

48

* * *

7 Gesetz zur Neufassung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12976

Ausschussprotokoll 17/1416 (*Anhörung am 10.05.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Der Gesetzentwurf wurde am 25.03.2021 nach der ersten Lesung einstimmig an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend –, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen.)

Johannes Remmel (GRÜNE) fragt mit Blick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und die Reaktion der Bundesregierung nach Änderungsanträgen der Koalition im federführenden Ausschuss, denn es brauche Zwischenziele und eine entsprechende Begleitung der Maßnahmen. Er kritisiert, der Klimaschutzplan sei kein Gegenstand mehr, was er als „großes Schurkenstück“ ähnlich der Entscheidung einer Schulkonferenz, den Unterricht abzuschaffen, weil sich ein Schüler dauerhaft weigere, seine Hausaufgaben zu machen, bezeichnet. In der Folge könne das Parlament nicht beraten, sondern müsse zunächst die Evaluation abwarten. Die Landesregierung weigere sich, das gesetzlich vorgesehene Monitoring des Klimaschutzplans vorzunehmen.

Jochen Ritter (CDU) wendet ein, die für 2020 versprochene Reduktion der CO₂-Emissionen werde deutlich übererfüllt. Dazu finanziere das Land die praktische Umsetzung von Forschung und Entwicklung etwa mit Blick auf Wasserstoff in der Stahlproduktion von ThyssenKrupp, die Stimulation der Industrie durch das Programm „progres.nrw“ und den starken Aufruf an die Kommunen für Klimaschutzprojekte. Die Koalition gehe seit Jahren planvoll vor und genüge nach wie vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wie auch die neue Leitentscheidung für das Rheinische Revier belege. Das Land werde die Erwägungen des Bundes nachvollziehen.

Johannes Remmel (GRÜNE) wirft Jochen Ritter vor, an der frühzeitigen Erreichung der Klimaschutzziele habe die Landespolitik gar keinen Anteil, sondern die vom Bund 2016 veranlasste Abschaltung alter Kohlekraftwerke. Der Bund plane mit Zwischenzielen Klimaneutralität im Jahr 2045, wobei die meiste Reduktion bis zum Jahr 2030 bei der Kohleverstromung erreicht werde, weshalb die Leitentscheidung verändert werden müsse. Die Wärmequellen für die Nah- und Fernwärmeversorgung würden bereits vor dem Jahr 2038 versiegen, weshalb sich bereits heute dringender Investitionsbedarf ergebe. Er fasst zusammen, aus alledem ergebe sich Änderungsbedarf am Gesetzentwurf.

Stefan Kämmerling (SPD) bedauert die Abschaffung des beteiligungsorientierten Klimaschutzplans. Die Reduktionen basierten im Wesentlichen auf dem Kompromiss zum Kohleausstieg, nicht aber auf innovativen Ansätzen. Auch werde damit nicht der Strukturwandel organisiert, wie Jochen Ritter andeute. Er vermisse, dass die Koalition die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aufnehme.

Johannes Remmel (GRÜNE) zeigt sich irritiert, dass die Koalition überhaupt keinen Änderungsbedarf ankündige, weshalb er beantragt, heute noch nicht abzustimmen. Zudem halte er die erforderlichen Änderungsanträge für äußerst kommunalrelevant, sodass sie im Kommunalausschuss beraten werden müssten.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges weist darauf hin, bis zur nächsten Ausschusssitzung werde der federführende Ausschuss allerdings seine Beratungen abgeschlossen haben.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ein Votum abzugeben.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Gesetzesentwurf anzunehmen.